

Synopsis Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
	§ 8 Bildung, Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrats	§ 8 Bildung, Zusammensetzung und Amtsdauer des Aufsichtsrats	
§ 8 Abs. 1	1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, auf den die Bestimmungen des Aktiengesetzes keine Anwendung finden.	1. Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, auf den die Bestimmungen des Aktiengesetzes <u>keine der §§ 90 Abs. 3, 4, 5 S. 1 und 2, §§ 95 – 114, 116, 118 Abs. 3, 125 Abs. 3 und 4 und §§ 170, 171, 268 Abs. 2 AktG Anwendung finden.</u>	§ 8 Abs. 1 bestimmt zukünftig, dass die Gesellschaft einen obligatorischen Aufsichtsrat hat. Die nach dem Drittelbeteiligungsgesetz auf diesen anzuwendenden Vorschriften des Aktiengesetzes werden zitiert.
§ 8 Abs. 2	2. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft ist mitbestimmt. Die Belegschaft der Gesellschaft stellt ein Drittel der Mitglieder des Aufsichtsrates. Die Gesellschaft und die Universitätsstadt Tübingen als Gesellschafterin bekennen sich zur Mitbestimmung der Belegschaft der Gesellschaft. Deshalb soll eine Aufhebung der Mitbestimmung nicht ohne Zustimmung der Belegschaft der Gesellschaft erfolgen.	2. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft ist mitbestimmt. Die Belegschaft der Gesellschaft stellt ein Drittel der Mitglieder des Aufsichtsrates. Die Gesellschaft und die Universitätsstadt Tübingen als Gesellschafterin bekennen sich zur Mitbestimmung der Belegschaft der Gesellschaft. Deshalb soll eine Aufhebung der Mitbestimmung nicht ohne Zustimmung der Belegschaft der Gesellschaft erfolgen. <u>Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern.</u>	Die bisherige Regelung des § 8 Abs. 2, die den Status der Mitbestimmung auch im fakultativen Aufsichtsrat sichern sollte, ist nun überflüssig und entfällt. Der Aufsichtsrat hat zukünftig eine Größe von 18 Mitgliedern. Die bisherige Form der Delegation der Größenbestimmung auf den Gemeinderat ist nicht mehr möglich; die Satzung muss die Größe des Gremiums bestimmen. Denkbar ist natürlich die Anpassung der Größe durch jeweilige Satzungsänderung nach den Kommunalwahlen. Die hierfür geltenden Regelungen sind jedoch einzuhalten, die einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf benötigen.
§ 8 Abs. 3	3. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 und höchstens 18 Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder wird vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen bestimmt; sie muss durch 3 teilbar sein.	3. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 und höchstens 18 Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder wird vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen bestimmt; sie muss durch 3 teilbar sein.	Wie bisher soll der Oberbürgermeister kraft Amtes Mitglied des Aufsichtsrats sein. Sechs Mitglieder werden von den Beschäftigten (des Konzerns, § 2 Abs. 1 DrittelbeG) gewählt. Die übrigen elf Mitglieder werden vom der Universitätsstadt Tübingen in der in der

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<p><u>Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden wie folgt bestellt:</u></p> <p><u>a. Die Universitätsstadt Tübingen entsendet den/die Oberbürgermeister/-in der Universitätsstadt Tübingen in den Aufsichtsrat. Das Entsenderecht ist durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsführung auszuüben.</u></p> <p><u>b. Elf Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Gesellschafterversammlung gewählt.</u></p> <p><u>c. Sechs Mitglieder des Aufsichtsrats werden von den Arbeitnehmern/innen nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes (DrittlbG) gewählt.</u></p>	Gesellschafterversammlung bestimmt, dem eine Wahl im Gemeinderat vorausgeht.
§ 8 Abs. 4	<p>4. Der/die Oberbürgermeister/in ist kraft Amtes Mitglied des Aufsichtsrats. Der Gemeinderat entsendet mindestens 7 und höchstens 11 Mitglieder in den Aufsichtsrat. Ein Drittel der Mitglieder des Aufsichtsrats, das sind mindestens 4 und höchstens 6, werden von der Belegschaft der Gesellschaft nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt. Für die vom Gemeinderat und von der Belegschaft der Gesellschaft</p>	<p>4. Der/die Oberbürgermeister/in ist kraft Amtes Mitglied des Aufsichtsrats. Der Gemeinderat entsendet mindestens 7 und höchstens 11 Mitglieder in den Aufsichtsrat. Ein Drittel der Mitglieder des Aufsichtsrats, das sind mindestens 4 und höchstens 6, werden von der Belegschaft der Gesellschaft nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt. Für die vom Gemeinderat und von der Belegschaft der Gesellschaft gewählten Aufsichtsratsmitglieder können Stellvertreter/innen benannt werden.</p>	Die Regeln zu Stellvertreter:innen, von Fraktionen entsandten Mitgliedern ohne Stimmrecht und der Teilnahme des Umwelt- und Klimaschutzbeauftragten entfallen, da Stellvertreter:innen nicht, Gäste nur in beschränktem Maß zugelassen sind. Alternativ könnte dem Umwelt- und Klimaschutzbeauftragten auch kraft Amtes ein vollwertiger Sitz eingeräumt werden. Für den Fall wären nur noch zehn Mitglieder vom Gemeinderat zu wählen. Ggf. könnte auch die Gesamtzahl der Mitglieder auf 21 erhöht werden; dies wäre die nach

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
	<p>gewählten Aufsichtsratsmitglieder können Stellvertreter/innen benannt werden.</p> <p>Alle nicht im Aufsichtsrat vertretenen Fraktionen des Gemeinderats können ein Mitglied mit Rederecht in den Aufsichtsrat entsenden.</p> <p>Außerdem nimmt die/der Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte der Universitätsstadt Tübingen an den Sitzungen des Aufsichtsrats beratend teil.</p>	<p>Alle nicht im Aufsichtsrat vertretenen Fraktionen des Gemeinderats können ein Mitglied mit Rederecht in den Aufsichtsrat entsenden.</p> <p>Außerdem nimmt die/der Umwelt- und Klimaschutzbeauftragte der Universitätsstadt Tübingen an den Sitzungen des Aufsichtsrats beratend teil.</p> <p><u>Die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung, die über die Entlastung des Aufsichtsrats für das vierte Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt, es sei denn im Bestellungsbeschluss wird für die von der Gesellschafterversammlung zu wählende Mitglieder eine kürzere Amtszeit festgelegt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet. Ist ein Mitglied des Aufsichtsrats sogleich Mitglied des Gemeinderates der Universitätsstadt Tübingen, endet die Amtszeit, die nicht über die Amtszeit gemäß Satz 1 hinausgehen darf, spätestens mit der Amtsdauer des Gemeinderats, jedoch nicht vor der ersten Sitzung des neu gebildeten Aufsichtsrats.</u></p> <p><u>Wenn ein von der Gesellschafterversammlung gewähltes Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf der Amtszeit ausscheidet, erfolgt</u></p>	<p>§ 95 AktG höchste zulässige Zahl. Dann würden von den Beschäftigten sieben, vom Gemeinderat bei Berücksichtigung des Sitzes für Oberbürgermeister und Klimaschutzbeauftragten 12 Mitglieder entsandt. Aus Sicht der Geschäftsführung sollte die maximal zulässige Größe des Gremiums nicht ohne schwerwiegende Gründe festgeschrieben werden. Aus Praktikabilitätsgründen wäre auch eine Verkleinerung des Gremiums auf 15 Personen in Betracht zu ziehen. Dies ist ggf. auch davon abhängig, ob Personenidentität mit den einzusetzenden fakultativen Aufsichtsräten angestrebt werden soll, was die Geschäftsführung befürwortet.</p>

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<u>vorbehaltlich von Ziff. 6 die Wahl eines Nachfolgers für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds, sofern die Gesellschafterversammlung nicht eine abweichende Amtszeit beschließt, die nicht über die Amtszeit gemäß Satz 1 hinausgehen darf.</u>	
§ 8 Abs. 5	5. Die Amtsdauer der Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Wahlperiode des Gemeinderates der Universitätsstadt Tübingen. Bis zum Zusammentreten des neu gebildeten Aufsichtsrats führt der bisherige Aufsichtsrat die Geschäfte weiter.	<p>5. Die Amtsdauer der Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Wahlperiode des Gemeinderates der Universitätsstadt Tübingen. Bis zum Zusammentreten des neu gebildeten Aufsichtsrats führt der bisherige Aufsichtsrat die Geschäfte weiter.</p> <p><u>Ein Mitglied des Aufsichtsrats scheidet aus dem Aufsichtsrat aus,</u> <u>a. wenn das Mitglied des Aufsichtsrates sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist durch schriftliche Erklärung niederlegt;</u></p> <p><u>b. wenn das Mitglied des Aufsichtsrates, das von der Gesellschafterversammlung gewählt wurde, durch die Gesellschafterversammlung abberufen wird;</u></p> <p><u>c. soweit ein Mitglied, das von der Gesellschafterversammlung gewählt wurde, bei seiner Wahl Mitglied des</u></p>	Die Regeln zum Ausscheiden von Mitgliedern wurden an die nach Aktiengesetz einzuhaltenden Vorschriften angepasst, vgl. § 8 Abs. 4 und 5. Für den Fall des Ausscheidens eines von den Beschäftigten gewählten Mitglieds soll wenn möglich ein Ersatzmitglied nachrücken, das bereits mit der Wahl der Belegschaftsmitglieder bestimmt wurde, vgl. § 8 Abs. 6. Sollte dies nicht möglich sein, müsste im Konzern nachgewählt werden.

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<p><u>Gemeinderats der Universitätsstadt Tübingen war, mit dem Ausscheiden dieses Aufsichtsratsmitglieds aus dem Gemeinderat;</u></p> <p><u>d. wenn das Mitglied des Aufsichtsrates, das nach den Grundsätzen des DrittelbG gewählt wurde, gemäß § 12 DrittelbG abberufen wurde.</u></p> <p><u>Bei einem Ausscheiden nach lit. a) – lit. c) ist durch die Gesellschafterversammlung für die verbleibende Amtszeit des ausscheidenden Mitglieds des Aufsichtsrates ein nachfolgendes Mitglied zu wählen. Bei einem Ausscheiden nach lit. d) ist gemäß den Bestimmungen des DrittelbG von den Arbeitnehmern für die verbleibende Amtszeit des ausscheidenden Mitglieds ein nachfolgendes Mitglied gemäß den Bestimmungen des DrittelbG zu wählen.</u></p>	
§ 8 Abs. 6	6. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist durch schriftliche Erklärung niederlegen.	<p>6. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist durch schriftliche Erklärung niederlegen.</p> <p><u>Mit der Wahl eines von der Gesellschafterversammlung zu wählenden Aufsichtsratsmitglied kann gleichzeitig ein Ersatzmitglied gewählt werden, welches Mitglied des Aufsichtsrates wird, wenn das Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit ausscheidet. Das Amt des</u></p>	

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<u>in den Aufsichtsrat nachrückenden Ersatzmitglied erlischt, wenn ein Nachfolger für das ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglied gewählt wird, mit der Beendigung dieser Gesellschafterversammlung, spätestens jedoch mit dem Ablauf der Amtszeit des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds. Die Wahl von Ersatzmitgliedern für von Arbeitnehmern/-innen zu wählende Aufsichtsratsmitglieder richtet sich nach dem DrittelbG.</u>	
§ 8 Abs. 7	7. War für die Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds seine Zugehörigkeit zum Gemeinderat oder zur Belegschaft des Unternehmens bestimmend, so endet sein Amt mit dem Ausscheiden aus dem Gemeinderat oder aus dem Unternehmen. Absatz 5 Satz 2 bleibt unberührt.	7. War für die Entsendung eines Aufsichtsratsmitglieds seine Zugehörigkeit zum Gemeinderat oder zur Belegschaft des Unternehmens bestimmend, so endet sein Amt mit dem Ausscheiden aus dem Gemeinderat oder aus dem Unternehmen. Absatz 5 Satz 2 bleibt unberührt. <u>Geschäftsführer/-innen und Prokurist/-innen dieser Gesellschaft dürfen nicht Mitglieder des Aufsichtsrats sein.</u>	Die Neufassung des Abs. 7 entspricht dem ursprünglichen Abs. 10.
§ 8 Abs. 8	8. Scheidet ein vom Gemeinderat entsandtes Aufsichtsratsmitglied aus, so entsendet der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen für die Restdauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds eine/-n Nachfolger/-in.	8. Scheidet ein vom Gemeinderat entsandtes Aufsichtsratsmitglied aus, so entsendet der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen für die Restdauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds eine/-n Nachfolger/-in.	

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
§ 8 Abs. 9	9. Entsprechendes gilt für ein von der Belegschaft gewähltes, ausgeschiedenes Mitglied.	9. Entsprechendes gilt für ein von der Belegschaft gewähltes, ausgeschiedenes Mitglied.	
§ 8 Abs. 10	10. Geschäftsführer/-innen und Prokurist/-innen dieser Gesellschaft dürfen nicht Mitglieder des Aufsichtsrats sein.	10. Geschäftsführer/-innen und Prokurist/-innen dieser Gesellschaft dürfen nicht Mitglieder des Aufsichtsrats sein.	Folgeänderung.
	§ 9 Vorsitz, Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats	§ 9 Vorsitz, Einberufung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats	
§ 9 Abs. 1	1. Der/die Oberbürgermeister/in ist Vorsitzender/Vorsitzende des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte mindestens zwei Stellvertreter/-innen für die in § 8 Abs. 5 festgelegte Amtsdauer. Ein/e Stellvertreter/-in muss dem Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen angehören, ein/e Stellvertreter/-in muss ein von der Belegschaft der Gesellschaft gewähltes Aufsichtsratsmitglied sein. Scheidet ein/e Stellvertreter/-in aus oder tritt er/sie von seinem/ihrer Amt zurück, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen.	1. Der/die Oberbürgermeister/in ist Vorsitzender/Vorsitzende des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte mindestens zwei Stellvertreter/-innen für die in § 8 Abs. 5 festgelegte Amtsdauer. Ein/e Stellvertreter/-in muss dem Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen angehören, ein/e Stellvertreter/-in muss ein von der Belegschaft der Gesellschaft gewähltes Aufsichtsratsmitglied sein. Scheidet ein/e Stellvertreter/-in aus oder tritt er/sie von seinem/ihrer Amt zurück, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen/e Vorsitzenden/Vorsitzende und mindestens zwei Stellvertreter/-innen des/der Vorsitzenden. Gewählt ist, wer mindestens 12 Stimmen auf sich vereinigt. Die Wahl erfolgt unter Vorsitz des/der Oberbürgermeister/-in der	Anders als bisher wird der Vorsitzende des Aufsichtsrats zukünftig in der konstituierenden Sitzung gewählt. Die Wahl des Vorsitzenden und der Stellvertreter soll wegen der Wichtigkeit des Amtes für die swt mit einer qualifizierten Mehrheit von 2/3 der Stimmen erfolgen. Hintergrund war, dass möglichst nicht gegen den Willen der vom Gemeinderat gewählten Mitglieder ein Vorsitzender gewählt werden kann. Gegen die Stimmen der Arbeitnehmerschaft soll das im Umkehrschluss nur möglich sein, wenn alle gemeinderätlich entsandten Vertreter einschließlich des Kandidaten dafür votieren. Die Regelung verdeutlicht die Verantwortung der AR-Mitglieder bei der Wahl insbesondere des Vorsitzenden. Die Wahl eines ungeeigneten Kandidaten sowie die Annahme der Wahl durch diesen können

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<p><i>Universitätsstadt Tübingen in der ersten Sitzung des neuen Aufsichtsrates.</i></p> <p><i>Der/Die Vorsitzende des Aufsichtsrates wird im Falle der Verhinderung durch die Stellvertreter/-innen vertreten.</i></p> <p><i>Das Ausscheiden des/der Vorsitzenden aus seinem Amt vor Ablauf der Amtszeit berührt die Fortdauer des Amtes der Stellvertreter/-innen nicht. Das gleiche gilt umgekehrt. Scheidet der/die Vorsitzenden oder die Stellvertreter/-innen vor dem Ablauf der Amtszeit aus dem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl für die restliche Amtszeit vorzunehmen.</i></p>	Sorgfaltspflichtverletzungen darstellen, die zu Schadensersatzverpflichtungen führen können.
§ 9 Abs. 2	<p>2. Der Aufsichtsrat wird vom/von der Vorsitzenden einberufen, sooft es die Geschäfte erfordern oder wenn es von der Geschäftsführung oder von mindestens einem Drittel der Aufsichtsratsmitglieder beantragt wird. Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil, sofern der Aufsichtsrat nicht im Einzelfall etwas anderes beschließt.</p>	<p>2. Der Aufsichtsrat wird vom/von der Vorsitzenden einberufen, sooft es die Geschäfte erfordern oder wenn es von der Geschäftsführung oder von mindestens einem Drittel der Aufsichtsratsmitglieder beantragt wird <u>in der Regel einmal im Kalendervierteljahr.</u></p> <p><u>Der Aufsichtsrat ist auch einzuberufen, wenn es von der Geschäftsführung oder von einem Aufsichtsratsmitglied beantragt wird.</u></p> <p>Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrats teil, sofern der Aufsichtsrat nicht im Einzelfall etwas anderes</p>	Der Aufsichtsrat wird zukünftig, so wie bereits erstmals in diesem Jahr, einmal pro Quartal tagen. Die Einberufung einer Sitzung kann zukünftig auch ein einzelnes Aufsichtsratsmitglied verlangen. Die Satzung sieht zukünftig ausdrücklich vor, dass zu den Sitzungen Gäste und beratende Personen im Einzelfall zugelassen werden können.

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		beschließt. <u>Zu den Aufsichtsratssitzungen können durch Beschluss des Aufsichtsrates nicht stimmberechtigte, beratende Personen oder Gäste zugelassen werden.</u>	
§ 9 Abs. 3	3. Die Einberufung muss in Textform einschließlich E-Mail unter Übersendung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens einer Woche ab dem Zeitpunkt des regelmäßig zu erwartenden Zugangs erfolgen. Die Beratungsunterlagen sind entweder mitzusenden oder über ein geeignetes Online-Portal zum Zeitpunkt des Versandes der Einladung zur Verfügung zu stellen. In dringenden Fällen können eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewählt werden. Alle Fraktionen des Gemeinderats der Universitätsstadt Tübingen erhalten die Sitzungsunterlagen des Aufsichtsrats ebenfalls durch elektronische Übersendung oder Zugang zum Online-Portal.	3. Die Einberufung muss in Textform einschließlich E-Mail unter Übersendung der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens einer Woche ab dem Zeitpunkt des regelmäßig zu erwartenden Zugangs erfolgen. Die Beratungsunterlagen sind entweder mitzusenden oder über ein geeignetes Online-Portal zum Zeitpunkt des Versandes der Einladung zur Verfügung zu stellen. In dringenden Fällen können eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewählt werden. Alle Fraktionen des Gemeinderats der Universitätsstadt Tübingen erhalten die Sitzungsunterlagen des Aufsichtsrats ebenfalls durch elektronische Übersendung oder Zugang zum Online-Portal.	Die Unterlagen zur Sitzung werden zukünftig nur den Aufsichtsratsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Die Fraktionen erhalten die Unterlagen nicht mehr.
§ 9 Abs. 4	4. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens die Hälfte, darunter der/die Vorsitzende oder ein/e Stellvertreter/in, an der Sitzung teilnehmen. Ist der Aufsichtsrat in	4. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens die Hälfte, darunter der/die Vorsitzende oder ein/e Stellvertreter/in, an der Sitzung teilnehmen. Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig,	Die Satzung sieht in § 9 Abs. 4 vor, dass abwesende Mitglieder Ihre schriftlichen Stimmabgaben durch andere Mitglieder überreichen lassen können und dadurch an den Abstimmungen teilnehmen. Denkbar wäre es auch hierfür (externe) Stimmbotschafter zuzulassen, § 108 Abs. 3 AktG. Diese wären in Textform

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
	einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann binnen zwei Wochen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Bei der Einberufung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in der neuen Sitzung auf jeden Fall beschlussfähig ist.	so kann binnen zwei Wochen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Bei der Einberufung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in der neuen Sitzung auf jeden Fall beschlussfähig ist. <u>Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können an der Beschlussfassung des Aufsichtsrates dadurch teilnehmen, dass sie durch andere Aufsichtsratsmitglieder schriftliche Stimmabgaben überreichen lassen (Stimmbotschaft).</u>	vom abwesenden Mitglied zu ermächtigen und könnten an dessen Stelle teilnehmen, § 109 Abs. 3 AktG. Dies müsste die Satzung explizit gestatten. Ein Rede- oder eigenes Stimmrecht wäre damit nicht verbunden. Die Geschäftsführung hält dies für wenig zweckmäßig.
§ 9 Abs. 5	5. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.	5. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. <u>Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so kann binnen zwei Wochen eine neue Sitzung mit gleicher Tagesordnung einberufen werden. Bei der Einberufung ist darauf hinzuweisen, dass der Aufsichtsrat in der neuen Sitzung beschlussfähig ist, wenn mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen.</u>	Wie bisher soll es auch künftig möglich sein, dass bei Nichterreichen der Beschlussfähigkeit zu einer weiteren Sitzung eingeladen werden kann, die möglichst immer beschlussfähig sein soll. Nach den neuen Bestimmungen ist sie es jedoch nur, wenn mindestens drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen.
§ 9 Abs. 6	6. In eiligen oder einfachen Angelegenheiten können nach dem Ermessen des/der Vorsitzenden Beschlüsse auch außerhalb von	6. In eiligen oder einfachen Angelegenheiten können nach dem Ermessen des/der Vorsitzenden Beschlüsse auch außerhalb von ordnungsmäßig	Die Neufassung des Abs. 6 entspricht dem ursprünglichen Abs. 5.

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
	ordnungsmäßig einberufenen Sitzungen durch schriftliche, telegrafische, elektronische oder fernmündlich aufgenommene Stimmabgabe gefasst werden, wenn kein Aufsichtsratsmitglied dem Antrag innerhalb von 3 Tagen ab dem Zeitpunkt des regelmäßig zu erwartenden Zugangs widerspricht.	einberufenen Sitzungen durch schriftliche, telegrafische, elektronische oder fernmündlich aufgenommene Stimmabgabe gefasst werden, wenn kein Aufsichtsratsmitglied dem Antrag innerhalb von 3 Tagen ab dem Zeitpunkt des regelmäßig zu erwartenden Zugangs widerspricht. <u>Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder diesem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt.</u> <u>Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.</u>	
§ 9 Abs. 7	7. Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom/von der Vorsitzenden, einem Mitglied des Aufsichtsrats, das an der Verhandlung teilgenommen hat, und vom/von der Schriftführer/-in zu unterzeichnen.	7. Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom/von der Vorsitzenden, einem Mitglied des Aufsichtsrats, das an der Verhandlung teilgenommen hat, und vom/von der Schriftführer/-in zu unterzeichnen. <u>In eiligen oder einfachen Angelegenheiten können nach dem Ermessen des/der Vorsitzenden Beschlüsse auch außerhalb von ordnungsmäßig einberufenen Sitzungen durch schriftliche, telegrafische, elektronische oder fernmündlich aufgenommene Stimmabgabe gefasst werden, wenn kein Aufsichtsratsmitglied dem Antrag innerhalb von 3 Tagen ab dem Zeitpunkt</u>	Die Neufassung des Abs. 7 entspricht dem ursprünglichen Abs. 6.

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<u>des regelmäßig zu erwartenden Zugangs widerspricht.</u>	
§ 9 Abs. 8	8. Erklärungen des Aufsichtsrats werden vom/von der Vorsitzenden unter der Bezeichnung „Aufsichtsrat der Stadtwerke Tübingen GmbH“ abgegeben.	<p>8. Erklärungen des Aufsichtsrats werden vom/von der Vorsitzenden unter der Bezeichnung „Aufsichtsrat der Stadtwerke Tübingen GmbH“ abgegeben.</p> <p><u>Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom/von der Vorsitzenden zu unterzeichnen. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Aufsichtsrates anzugeben. Auf Verlangen ist jedem Mitglied des Aufsichtsrats eine Abschrift der Niederschrift auszuhändigen. Die vorstehenden Sätze gelten entsprechend für Beschlüsse des Aufsichtsrates, die außerhalb von Sitzungen gefasst werden; in dem Fall ist in der Niederschrift auch das Zustandekommen der gefassten Beschlüsse anzugeben.</u></p>	Die Neufassung des Abs. 8 regelt die Niederschrift der Aufsichtsratssitzungen. Die Bestimmung orientiert sich an § 107 AktG.
§ 9 Abs. 9	9. Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.	<p>9. Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.</p> <p><u>Erklärungen des Aufsichtsrats werden vom/von der Vorsitzenden unter der Bezeichnung „Aufsichtsrat der Stadtwerke Tübingen GmbH“ abgegeben.</u></p>	Die Neufassung des Abs. 9 entspricht dem ursprünglichen Abs. 8.

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
§ 9 Abs. 10		10. <u>Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.</u>	Die Neufassung des Abs. 10 entspricht dem ursprünglichen Abs. 9.
	§ 10 Aufgaben des Aufsichtsrats	§ 10 Aufgaben des Aufsichtsrats	
§ 10 Abs. 3	<p>3. Außer in den im Gesetz und anderen Stellen des Gesellschaftsvertrags vorgesehenen Fällen bedarf die Geschäftsführung in folgenden Angelegenheiten der Zustimmung des Aufsichtsrats:</p> <p>[...]</p> <p>b) Festsetzung und Änderung der Allgemeinen Tarife und der Allgemeinen Versorgungsbedingungen für Wasser, soweit diese nicht durch Gesetz oder Verordnung vorgegeben sind;</p> <p>c) Festsetzung des Wirtschaftsplans inklusive Zustimmung zum Spartenplan des Stadtverkehrs;</p> <p>[...]</p> <p>i) Mehrausgaben des genehmigten Vermögensplans, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festzulegende Wertgrenze überschritten wird;</p> <p>[...]</p> <p>k) Einstellung und Höhergruppierung von Angestellten, soweit sie nicht im Rahmen des</p>	<p>3. Außer in den im Gesetz und anderen Stellen des Gesellschaftsvertrags vorgesehenen Fällen bedarf die Geschäftsführung in folgenden Angelegenheiten der Zustimmung des Aufsichtsrats:</p> <p>a) Übernahme neuer Geschäftsfelder, soweit nicht in § 13 lit. m) der Gesellschafterversammlung zugewiesen;</p> <p>b) Festsetzung und Änderung der Allgemeinen Tarife und der Allgemeinen Versorgungsbedingungen für Wasser, soweit diese nicht durch Gesetz oder Verordnung vorgegeben sind;</p> <p>e) Festsetzung des Wirtschaftsplans inklusive Zustimmung zum Spartenplan des Stadtverkehrs;</p> <p>d) c) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festzulegende Wertgrenze überschritten wird;</p> <p>f) d) Aufnahme von Darlehen, soweit sie über den im Wirtschaftsplan festgelegten Kreditrahmen hinausgehen;</p> <p>g) e) Hingabe von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten, freiwillige Zuwendungen,</p>	<p>Die Aufgaben des Aufsichtsrats in Abs. 3 werden angepasst. Die Änderungen der Allgemeinen Versorgungsbedingungen für Wasser werden entfernt, da diese gesetzlich durch die AVBWasserV vorgegeben sind. Damit ist die Bestimmung heute nahezu obsolet. Die Wasserpreise bleiben weiter in der Zustimmung des Aufsichtsrats.</p> <p>Die Festsetzung des Wirtschaftsplans wird aus systematischen Gründen in Abs. 4 geregelt.</p> <p>Daneben sind personelle Veränderungen bereits seit Jahren nicht mehr genehmigt worden. Dies führt zu einer weitgehenden Stagnation der personellen Entwicklung über das Jahr, da grundsätzlich die Genehmigung des Wirtschaftsplans bei Höhergruppierungen abgewartet wird. Mit einem modernen Personalmanagement sind solche Vorgaben unvereinbar. Gleiches gilt mit dem Einvernehmen für die Besetzung der Abteilungsleitung Stadtverkehr, da hier mit der Funktion der Geschäftsführung der TüBus eine diese</p>

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
	Stellenplanes im Wirtschaftsplan vorgesehen waren, Einvernehmen bei der Einstellung des/der Abteilungsleiters/in Stadtverkehr, sowie Entlassungen von leitenden Angestellten; [...].	Verzicht auf Ansprüche, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festzulegende Wertgrenze überschritten wird; h) <u>f)</u> Einleitung eines Rechtsstreits, soweit der Streitgegenstand einen in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festzulegenden Betrag übersteigt; i) <u>g)</u> Abschluss von Vergleichen über Ansprüche, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festzulegende Wertgrenze überschritten wird; j) <u>h)</u> Mehrausgaben des genehmigten Vermögensplans <u>Investitionsprogramms</u> , soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festzulegende Wertgrenze überschritten wird; k) <u>i)</u> Bestellung und Abberufung von Prokuristen/innen; Einstellung und Höhergruppierung von Angestellten, soweit sie nicht im Rahmen des Stellenplanes im Wirtschaftsplan vorgesehen waren, Einvernehmen bei der Einstellung des/der Abteilungsleiters/in Stadtverkehr, sowie Entlassungen von leitenden Angestellten l) <u>j)</u> Änderung der Bädertarife; m) <u>k)</u> Änderung der Parkhaustarife; n) <u>l)</u> Mehrausgaben des genehmigten Wirtschaftsplans der Sparte Stadtverkehr, soweit im Einzelfall eine in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festzulegende Wertgrenze überschritten wird.	Funktion ersetzende Position geschaffen wurde, die vom dortigen Aufsichtsrat zu genehmigen ist. Lit. i) wird entsprechend den Begrifflichkeiten der aktuellen Eigenbetriebsverordnung (EigBVO-HGB) angepasst, vgl. dazu auch unten § 14 Abs. 1.

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
§ 10 Abs. 4	4. Darüber hinaus kann der Aufsichtsrat im Einzelfall bestimmte Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig machen.	<p>4. <u>Dem Aufsichtsrat obliegt ferner</u></p> <p>a) <u>die Wahl des Abschlussprüfers der Gesellschaft,</u></p> <p>b) <u>die Erteilung des Prüfauftrags an den Abschlussprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie</u></p> <p>c) <u>die Festsetzung des Wirtschaftsplans inklusive Zustimmung zum Spartenplan des Stadtverkehrs.</u></p> <p>Darüber hinaus kann der Aufsichtsrat im Einzelfall bestimmte Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig machen.</p> <p>Entscheidungen von kommunalpolitischer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes von Tochterunternehmen und Beteiligungen werden in deren Gremien beraten und abschließend behandelt, soweit nach dem Gesetz oder dieses Gesellschaftsvertrages keine Zustimmungserfordernisse der Organe dieser Gesellschaft bestehen.</p>	<p>In der Neufassung des Abs. 4 wird die Wahl und die Erteilung des Prüfauftrages des Abschlussprüfers ergänzt, die zwingend durch den Aufsichtsrat vorzunehmen ist. Auch die die Festsetzung des Wirtschaftsplans bestimmt sich nun nach Abs. 4.</p> <p>Zudem wird klargestellt, dass die Entscheidungen von kommunalpolitischer Bedeutung in den dafür vorgesehenen Tochterunternehmen abschließend getroffen werden. Dies gilt nur nicht, wenn die Satzung zwingend die Beteiligung des Aufsichtsrats oder der Gesellschafterversammlung der swt vorsähe, was insbesondere dann erforderlich sein kann, wenn die Finanzierung von Investitionen in den Töchtern über die swt erfolgen soll und dort wirtschaftliche Konsequenzen auslöst. .</p>
§ 10 Abs. 5	5. Wenn zustimmungsbedürftige Geschäfte keinen Aufschub dulden und eine Beschlussfassung nach § 9 Abs. 6 nicht möglich ist, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung des/der Vorsitzenden des Aufsichtsrats selbstständig handeln.	<p>5. Wenn zustimmungsbedürftige Geschäfte keinen Aufschub dulden und eine Beschlussfassung nach § 9 Abs. 6 nicht möglich ist, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung des/der Vorsitzenden des Aufsichtsrats selbstständig handeln. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art</p>	<p>Neu ist, dass für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung Zielgrößen für die kommenden fünf Jahre festzulegen sind, vgl. § 10 Abs. 5. Dies schreibt § 52 Abs. 2 GmbHG vor. Danach müssen die Zielgrößen den angestrebten Frauenanteil am jeweiligen</p>

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
	Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind dem Aufsichtsrat in seiner nächsten Sitzung bekannt zu geben.	der Erledigung sind dem Aufsichtsrat in seiner nächsten Sitzung bekannt zu geben. <u>Der Aufsichtsrat legt für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und für die Geschäftsführung Zielgrößen fest, die innerhalb von fünf Jahren erreicht werden sollen.</u>	Gesamtgremium beschreiben und bei Angaben in Prozent vollen Personenzahlen entsprechen. Wird für den Aufsichtsrat oder unter den Geschäftsführern die Zielgröße Null festgelegt, so ist dieser Beschluss klar und verständlich zu begründen. Die Begründung muss ausführlich die Erwägungen darlegen, die der Entscheidung zugrunde liegen. Liegt der Frauenanteil bei Festlegung der Zielgrößen unter 30 Prozent, so dürfen die Zielgrößen den jeweils erreichten Anteil nicht mehr unterschreiten. Gleichzeitig sind Fristen zur Erreichung der Zielgrößen festzulegen. Die Fristen dürfen jeweils nicht länger als fünf Jahre sein.
§ 10 Abs. 6		6. <u>Wenn zustimmungsbedürftige Geschäfte keinen Aufschub dulden, eine unverzügliche Beschlussfassung des Aufsichtsrates in einer Sitzung, zu der mit einer verkürzten Ladefrist von drei Kalendertagen eingeladen werden kann, oder im Verfahren nach § 9 Abs. 6 nicht bzw. nicht rechtzeitig möglich ist, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung des/der Vorsitzenden des Aufsichtsrats selbstständig handeln, wenn die Zustimmung des Aufsichtsrats spätestens in der nächsten regulären Sitzung nachträglich eingeholt wird. Dabei sind die Gründe für die getroffene</u>	Die Ersetzung der Zustimmung in Eilfällen wird auf die neuen Bestimmungen angepasst: Danach kann die Geschäftsführung mit dem/der Aufsichtsratsvorsitzenden als ultima ratio handeln, allerdings muss dann eine nachträgliche Genehmigung in der nächsten regulären Sitzung eingeholt werden.

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<u>Eilentscheidung und die Art der Erledigung dem Aufsichtsrat bekannt zu geben.</u>	
	§ 11 Aufwandsentschädigung für Aufsichtsratsmitglieder	§ 11 Aufwandsentschädigung für Aufsichtsratsmitglieder	
§ 11	Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegt ist.	Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats festgelegt ist <u>durch die Gesellschafterversammlung bestimmt wird.</u>	Die Aufwandsentschädigung des Aufsichtsrats muss entweder durch die Gesellschafterversammlung festgelegt werden oder bereits in der Satzung verankert sein. Die Geschäftsführung schlägt vor, dass die Gesellschafterversammlung hierüber zukünftig beschließt. Aus Sicht der Geschäftsführung sollte dabei das eher übliche Modell einer festen Grundvergütung pro Monat und eines Sitzungsgeldes eingeführt werden. Das Entgelt sollte der Verantwortung und dem zusätzlichen Aufwand entsprechend angepasst werden.
	§ 12 Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz	§ 12 Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vorsitz	
§ 12 Abs. 5		<u>5. Auf Verlangen sind jedem Mitglied des Aufsichtsrats die in der Gesellschafterversammlung gefassten Beschlüsse mitzuteilen.</u>	Auch die Bestimmungen zur Gesellschafterversammlung sollen leicht angepasst werden. Jedem Aufsichtsrat hat ein Recht auf Mitteilung der gefassten Beschlüsse der Gesellschafterversammlung.
	§ 13 Aufgaben der Gesellschafterversammlung	§ 13 Aufgaben der Gesellschafterversammlung	

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
§ 13	<p>Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen:</p> <p>[...]</p> <p>c) die Bestellung des Abschlussprüfers;</p> <p>[...]</p> <p>h) Aufstellung und wesentliche Änderung des örtlichen Energie-, Wasserversorgungs- und Öffentlichen Personennahverkehrs-Konzeptes;</p> <p>i) Bau von Kraftwerken und vergleichbaren technischen Großanlagen in Tübingen;</p> <p>j) die Auflösung der Gesellschaft;</p> <p>k) Neubau, Umbau, Erweiterung und wesentliche Umnutzung von Bädern und Parkhäusern;</p> <p>l) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen;</p> <p>m) Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes.</p>	<p>Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen:</p> <p>a) die Feststellung des Jahresabschlusses;</p> <p>b) die Verwendung des Ergebnisses;</p> <p>e) die Bestellung des Abschlussprüfers</p> <p>d) c) die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführer/-innen;</p> <p>e) d) die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats;</p> <p>f) e) Änderungen des Gesellschaftsvertrags einschließlich Kapitalerhöhungen und –herabsetzungen;</p> <p>g) f) die Errichtung, der Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen, sofern dies im Verhältnis zum Geschäftsumfang wesentlich ist;</p> <p>h) Aufstellung und wesentliche Änderung des örtlichen Energie-, Wasserversorgungs- und Öffentlichen Personennahverkehrs-Konzeptes;</p> <p>i) Bau von Kraftwerken und vergleichbaren technischen Großanlagen in Tübingen;</p> <p>j) g) die Auflösung der Gesellschaft;</p> <p>k) h) Neubau, Umbau, Erweiterung und wesentliche Umnutzung von Bädern und Parkhäusern;</p> <p>l) i) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen;</p> <p>m) j) Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes</p>	<p>Es sollen die Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung modernisiert und entbürokratisiert werden: Die Bestellung des Abschlussprüfers obliegt zukünftig dem Aufsichtsrat. Die Aufstellung und Änderung von örtlichen Energie-, Wasserversorgungs- und ÖPNV-Konzepten hat in den letzten Jahrzehnten keinerlei Rolle gespielt; die Instrumente scheinen heute auch aus der Zeit gefallen und sind zu unbestimmt. Deshalb empfiehlt die Geschäftsführung die Streichung. Gleiches gilt für den Bau von Kraftwerken und vergleichbaren technischen Großanlagen, bei denen im Übrigen eine Beteiligung der Gemeinde schon durch die klassischen Genehmigungsprozesse sichergestellt ist.</p>

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<p><u>k) die Wahl und die Abberufung derjenigen Mitglieder des Aufsichtsrates, die nicht von den Arbeitnehmern nach dem DrittelbG zu wählen sind oder Kraft eines Entsendungsrecht dem Aufsichtsrat angehören;</u></p> <p><u>l) die Festsetzung der Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates.</u></p>	
	§ 14 Wirtschaftsplan	§ 14 Wirtschaftsplan	
§ 14 Abs. 1	Die Geschäftsführung stellt so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan auf, dass er vor Beginn des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgsplan, den Vermögensplan und den Stellenplan. Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen.	1. Die Geschäftsführung stellt so rechtzeitig einen Wirtschaftsplan auf, dass er vor Beginn des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann. Der Wirtschaftsplan umfasst den Erfolgsplan, den Vermögensplan und den Stellenplan <u>einen Liquiditätsplan mit Investitionsprogramm und eine Stellenübersicht</u> . Der Wirtschaftsführung ist eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen.	Abs. 1 wird entsprechend den Begrifflichkeiten der aktuellen Eigenbetriebsverordnung (EigBVO-HGB) angepasst.
	§ 15 Jahresabschluss, Geschäftsbericht, Bilanzprüfung	§ 15 Jahresabschluss, Geschäftsbericht, Bilanzprüfung	Die Vorschriften zum Jahresabschluss in § 15 werden an die neuen Gegebenheiten angepasst. Insbesondere hat zukünftig der Abschlussprüfer an der Besprechung des Jahresabschlusses teilzunehmen. Der Aufsichtsrat hat an die Gesellschafterversammlung schriftlich über seine Prüfung des Abschlusses zu berichten und den Abschluss (im Regelfall) zu billigen.
§ 15 Abs. 1	1. Die Geschäftsführung hat innerhalb von sechs Monaten nach	1. Die Geschäftsführung hat innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des	

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
	Ablauf des Geschäftsjahres die Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung und den Geschäftsbericht aufzustellen und nach Prüfung durch den Abschlussprüfer unverzüglich dem Aufsichtsrat vorzulegen. Letzterer hat den Jahresabschluss mit seiner Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung weiterzuleiten. Ist die gesetzliche Frist für die Aufstellung der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung kürzer, so gilt diese Frist.	Geschäftsjahres die Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung und den Geschäftsbericht aufzustellen und nach Prüfung durch den Abschlussprüfer unverzüglich dem Aufsichtsrat vorzulegen. Letzterer hat den Jahresabschluss mit seiner Beschlussempfehlung an die Gesellschafterversammlung weiterzuleiten. Ist die gesetzliche Frist für die Aufstellung der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung kürzer, so gilt diese Frist. <u>Der Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) und der Lagebericht sind nach Ablauf des Geschäftsjahres innerhalb der gesetzlichen Fristen von der Geschäftsführung aufzustellen und dem Abschlussprüfer vorzulegen.</u>	
§ 15 Abs. 2	2. Der Jahresabschluss wird durch eine von der Gesellschafterversammlung bestellte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuchs aufzustellen und zu prüfen. Der Universitätsstadt Tübingen werden die Befugnisse nach den §§ 53 und 54 des Haushaltsgrundsatzgesetzes eingeräumt.	2. Der Jahresabschluss wird durch eine von der Gesellschafterversammlung bestellte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuchs aufzustellen und zu prüfen. Der Universitätsstadt Tübingen werden die Befugnisse nach den §§ 53 und 54 des Haushaltsgrundsatzgesetzes eingeräumt. <u>Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss, den Lagebericht zusammen mit einem Vorschlag zur Gewinnverwendung und dem Prüfbericht</u>	

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<u>des Abschlussprüfers unverzüglich nach der durchgeführten Prüfung dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzulegen.</u>	
§ 15 Abs. 3	3. Darüber hinaus wird den zuständigen Stellen das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gesellschaft nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg eingeräumt.	3. Darüber hinaus wird den zuständigen Stellen das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gesellschaft nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg eingeräumt. <u>Der Jahresabschluss wird durch einen Abschlussprüfer geprüft. Die Geschäftsführung hat den Prüfbericht des Abschlussprüfers unverzüglich nach der durchgeführten Prüfung dem Aufsichtsrat vorzulegen.</u>	
§ 15 Abs. 4	4. Der Wirtschaftsplan, der Jahresabschluss mit Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers werden der Universitätsstadt Tübingen übersandt.	4. Der Wirtschaftsplan, der Jahresabschluss mit Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers werden der Universitätsstadt Tübingen übersandt. <u>Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Gewinnverwendung zu prüfen. Der Abschlussprüfer hat an den Verhandlungen des Aufsichtsrates teilzunehmen und über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung zu berichten. Der Aufsichtsrat hat über das Ergebnis schriftlich an die Gesellschafterversammlung zu berichten. Am Schluss des Berichts hat der Aufsichtsrat zu erklären, ob nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung</u>	

Synopse Änderungen Gesellschaftsvertrag Stadtwerke Tübingen GmbH

Klausel	aktuell geltender Gesellschaftsvertrag (Stand 18.09.2023)	Änderungen Gesellschaftsvertrag	Hinweis / Begründung
		<u>Einwendungen zu erheben sind und ob er den von der Geschäftsführung aufgestellten Jahresabschluss billigt.</u>	
§ 15 Abs. 5		5. <u>Die Gesellschafterversammlung hat innerhalb der gesetzlichen Fristen über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Gewinnverwendung zu beschließen.</u>	
§ 15 Abs. 6		6. <u>Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuchs aufzustellen und zu prüfen.</u>	Die Neufassung des Abs. 6 entspricht dem ursprünglichen Abs. 2 Satz 2.
§ 15 Abs. 7		7. <u>Der Universitätsstadt Tübingen werden die Befugnisse nach den §§ 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzgesetzes eingeräumt. Darüber hinaus wird den zuständigen Stellen das Recht zur überörtlichen Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gesellschaft nach Maßgabe des § 114 Abs. 1 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO BW) eingeräumt.</u>	Die Neufassung des Abs. 7 entspricht dem ursprünglichen Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3.
§ 15 Abs. 8		8. <u>Der Wirtschaftsplan, der Jahresabschluss mit Lagebericht sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers werden der Universitätsstadt Tübingen übersandt.</u>	Die Neufassung des Abs. 8 entspricht dem ursprünglichen Abs. 4.